

**Sven Kohlmeier**

Ich habe heute mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten noch einmal telefoniert und nachgefragt, ob sich möglicherweise ein neuer Sachstand ergeben hat. Auch da wurde mir bestätigt, dass aus Berliner Sicht natürlich gefordert ist, dass die JVA in Heidering gebaut wird. Und die Meinung, die da bisher vorherrschte, steht auch zukünftig.

Zu dem Angebot des Brandenburger Kollegen Volkmar Schöneburg, ein relativ neuer Justizminister. Ich kenne ihn noch aus früheren Tagen an der Universität. Ich kenne ihn auch als Rechtsanwalt. Und da weiß ich, der ist eigentlich schlaue genug, um zu wissen, dass, wenn er der „Märkischen Oderzeitung“ ein Interview gibt und sagt, Berliner Gefangene können eben mal nach Brandenburg, dass es so nicht funktioniert. Ich erwarte von dem Brandenburger Justizminister, dass er erstens die rechtlichen Urteile, die er lesen kann und die er auch versteht, umsetzt und zur Kenntnis nimmt. Ich erwarte zweitens von dem Brandenburger Justizminister, dass er dann, wenn er so einen Vorschlag öffentlich in der Presse äußert, sich gegebenenfalls einmal an die Justizsenatorin wendet.

[Benedikt Lux (Grüne): Ist die beleidigt, oder was?]

– Nein, sie ist nicht beleidigt. Das ist einfach bloß kein guter Stil. Man kann ja darüber reden, ob man jetzt über die Presse kommuniziert. Das ist bisher nicht passiert zwischen Berlin und Brandenburg. Da haben die Justizminister sich zusammengesetzt und miteinander gesprochen. Das soll auch zukünftig so sein. Und es ist so, das hat die Justizsenatorin mir auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt:

Vor dem über die Medien verbreiteten Vorschlag des Kollegen Dr. Schöneburg gab es kein derartiges Angebot, Berliner Gefangene in Brandenburg unterzubringen.

Ich erwarte tatsächlich, wenn wir ernsthaft darüber reden wollen, dass derjenige, der diesen Vorschlag macht, sich auch an den wendet, den es betrifft. Und das ist in diesem Fall die Justizsenatorin.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Im Übrigen, lieber Kollege Lux, im Februar dieses Jahres – das wissen Sie möglicherweise, Sie kennen sich ja auch in Brandenburg aus, Brandenburg ist heute viel zitiert worden – Es gibt dort lediglich 250 freie Haftplätze für den geschlossenen Männervollzug. Wir brauchen aber 650 Haftplätze. Da zeigt schon die einfache Subtraktion, dass dies nicht funktioniert.

Zu der juristischen Argumentation des Kammergerichts: Das Kammergericht hat in dem Urteil, das der Kollege Behrendt angesprochen hat – sich gerade herausucht, 21 Seiten sind das, lieber Kollege Behrendt, das habe ich ebenfalls gerade da –, erklärt, dass die Unterbringung nur im Speckgürtel zulässig ist. Wir alle sind uns einig, dass die Justizvollzugsanstalt zum Beispiel in Guben nicht im Speckgürtel ist. Der Brandenburger Kollege hat die Intention, die Gefangenen höchstwahrscheinlich in Guben unterzubringen. Da komme ich mal auf den Spatenstich,

den wir letztes Jahr in Heidering hatten. Da hat der Kollege Behrendt sich noch darüber beschwert, wie schwer die Anstalt Heidering zu erreichen ist. Nun frage ich mich, wie wollen Sie es dann machen, wenn die Anstalt in Guben, Neuruppin oder Wriezen ist? Da kommt man noch schlechter hin. Das, lieber Kollege Behrendt, ist schizophren.

Die heutige Diskussion zeigt: Ihre Überschrift des Antrags „Nutzungsmöglichkeiten von Brandenburger Gefängnissen ernsthaft prüfen“ ist selbstverständlich und wird von uns umgesetzt. Wir werden es im Ausschuss diskutieren. Dazu erwarte ich aber auch die bessere Kooperation und Kommunikation aus Brandenburg.

[Benedikt Lux (Grüne): Beleidigt!]

Trotzdem gilt: Trotz der Zusammenarbeit mit Brandenburg ist beim Vollzug der Neubau der Justizvollzugsanstalt im Heidering alternativlos.

[Beifall bei der SPD]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Rissmann das Wort.

**Sven Rissmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber – ich darf hinzufügen –, geschätzter Kollege Behrendt! Ich habe eine harte, aber ehrliche Nachricht oder Mitteilung. Ich habe gerade versucht, das Plenum zu beobachten. Es hat mit Ausnahme des Kollegen Lux keiner mehr zugehört. Das liegt daran, verehrter Kollege Behrendt, dass wir dieses Thema in der Tat schon erschöpfend diskutiert haben und es auch nicht besser, interessanter oder neuwertig wird, wenn man es immer wieder, versteckt in anderen Formulierungen, auf die Tagesordnung hebt. Na gut, also heute mal wieder Heidering. Ich kann mich deshalb in der Tat kurz fassen.

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Behrendt?

**Sven Rissmann (CDU):**

Bitte, Herr Kollege Behrendt!

**Dirk Behrendt (Grüne):**

Herr Kollege Rissmann! Ich möchte jetzt nicht aufmachen, zu welchen Themen Ihre Fraktion uns in den letzten Jahren des Häufigeren hier erfreut hat. Aber die Frage: Stimmen Sie mir denn zu, dass es durchaus sinnvoll ist, über das größte Infrastrukturvorhaben des Landes Berlin neben dem Flughafen BBI so lange zu sprechen, bis wirklich alle Alternativen und alle Fragen hinreichend geklärt sind, und das Angebot aus Brandenburg ja noch sehr neu

**Dirk Behrendt**

ist und deswegen eine neue Tatsache vorliegt, über die es wert ist zu reden?

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

**Sven Rissmann (CDU):**

Lieber Kollege Behrendt! Ich darf Ihre Frage erstens damit beantworten: Der Unterschied ist, wenn wir Themen einbringen, über die nach Ihrer Meinung schon ausreichend gesprochen wurde, hört wenigstens meine eigene Fraktion zu, wenn ich dazu rede.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP – Alice Ströver (Grüne): Sie beleidigen mich!]

Ich gebe Ihnen recht, dass man selbstverständlich bei einem Projekt, das ein so großes Volumen hat, etwa 120 Millionen Euro, immer darüber sprechen muss. Das können wir im Rechtsausschuss auch alle zwei Wochen gern tun. Da werden Sie immer meine Offenheit erleben und die Offenheit meiner Fraktion, dieses Projekt auch kritisch zu begleiten. Allerdings ist es doch nicht immer nötig, hier neue Anträge einzubringen.

[Benedikt Lux (Grüne): In Hamburg läuft das besser!]

Lieber Kollege Lux! Ich sage jetzt etwas Gutes zu den Grünen; ein gutes Wort zu Ihrem Antrag. Ich darf kurz mit Erlaubnis des Präsidenten den Absatz 1 Ihrer Begründung zitieren.

Der Versuch des Baus einer neuen Berliner Justizvollzugsanstalt in Großbeeren (Brandenburg) ist seit Jahren eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen. Nicht nur, dass der Baukostenrahmen von ursprünglich 85 Millionen Euro auf inzwischen exorbitante 118,5 Millionen Euro gestiegen ist, auch der Baubeginn verzögert sich immer wieder. Waren zunächst Altlasten im Boden schuld an der Verzögerung, sind die Bauarbeiten nunmehr wegen eines Rechtsstreits um eine Ausschreibung gestoppt.

Da haben die Grünen vollkommen recht.

[Beifall bei der FDP – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das muss man auch sagen, wenn man über Heidering spricht. Die – neudeutsch gesagt – Performance von Rot-Rot hier in Berlin ist einfach nur peinlich. Kurzer Satz nur: Wir bekamen mit, dass die Vergabekammer entschieden hat; die Senatsverwaltung, also Frau von der Aue, hat immer noch gesagt: Kein Problem, wir werden den Zeitplan einhalten. Die Senatorin für Stadtentwicklung, Frau Junge-Reyer, hatte zwischenzeitlich schon gesagt: Nein, schaffen wir nicht mehr. Das ist einfach nur peinlich, darüber müssen wir gar nicht reden, da haben Sie recht.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Es geht im Übrigen noch weiter. Ein weiteres Musterbeispiel rot-roter länderübergreifender Zusammenarbeit ist doch das Thema Heidering auch. Der jetzt dunkelrote Justizminister in Brandenburg macht ein Angebot zur

Nutzung von Brandenburger Haftkapazitäten für Berliner Strafgefangene an seine hellrote Berliner Amtskollegin. Und diese teilt mit, dass sie kein greifbares offizielles Angebot habe und dass das alles sowieso nicht gehe. Das ist eine ganz tolle fachpolitische länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Brüdern und Schwestern im Geiste, ganz toll.

Was stört aber an dem Antrag der Grünen? – Es geht Ihnen offenbar nicht um das ernsthafte Prüfen, sondern es geht Ihnen im Ergebnis, lieber Herr Behrendt, Sie lächeln bestätigend, um das Verhindern von Heidering. Und das nämlich jetzt auch durch die kalte Küche, da Sie im letzten Absatz Ihres Antrags schreiben, sie wollten das geprüft haben als ernsthafte Alternative zum Gefängnisneubau in Großbeeren. Zu dem haben Sie heute auch eine diesbezügliche PE abgegeben. Na ja, liegt vielleicht doch ein bisschen nah beieinander.

[Beifall bei der CDU]

Ich sage „durch die kalte Küche abschaffen“ deshalb, weil wir die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit des Neubaus dieser Haftanstalt auf und ab diskutiert haben, über viele Jahre hinweg, und vier von fünf Fraktionen in diesem Hause dafür sind. Darum, lieber Herr Behrendt, dürfen Sie in diesem Zusammenhang bitte nicht lobenswertes, nachhaltiges Kämpfen um eine eigene Position und die eigene Unfähigkeit, zu erkennen, dass man sich mit seiner Position nicht durchsetzen konnte, verwechseln. Jedenfalls gilt die Aufforderung, dass man ernsthaft eine Zusammenarbeit mit Brandenburg in puncto Nutzung von Haftkapazitäten in Angriff nehmen muss, solange wir Heidering nicht haben. Ich wiederhole meine Forderung, dass Berliner Strafgefangene mit ihrem Einverständnis so lange in Brandenburger Anstalten untergebracht werden sollen, bis im Berliner Vollzug ein in Gänze recht- und verfassungsmäßiger Strafvollzug gewährleistet werden kann. Dass die Senatorin dazu schweigt, ist in der Tat – Herr Behrendt, da haben Sie recht – unverstündlich und nicht nachvollziehbar.

Meine Fraktion steht weiterhin zu Heidering. Das Projekt ist notwendig und alternativlos. Natürlich sollen und müssen wir im Rechtsausschuss auf das Angebot des Brandenburger Justizministers Bezug nehmen und uns informieren. Natürlich soll es dort eine anständige rechtliche, tatsächliche, finanzielle Prüfung geben, allein schon deshalb, damit Rot-Rot sich nicht in ein oder zwei Jahren rausreden kann, wenn die Mauern von Heidering schon stehen, 50 Millionen Euro ausgegeben worden sind und man dann sagt: Wir lassen es lieber doch sein, weil wir eine kostengünstigere Alternative hätten. Ich glaube das allerdings nicht. Ich glaube nicht, dass es eine ernsthafte, rechtlich zulässige, wirklich praktikable und kostengünstigere Alternative sein kann. Lassen Sie uns darüber im Rechtsausschuss auf Grundlage einer ordentlichen Prüfung reden. Ich habe dann nämlich die Hoffnung, lieber Kollege Behrendt, dass Sie dann vielleicht auch mal ein Einsehen haben werden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP – Frank Henkel (CDU): Bravo!]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rissmann! – Das Wort für die Linksfraktion hat Frau Dott!

**Minka Dott (Linksfraktion):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einem hat Herr Rissmann recht,

[Andreas Gram (CDU): In allem! Immer!]

es ist Jahr für Jahr um dieses Thema gestritten worden, und wir haben zu denen gehört, die sich wirklich sehr mühsam dazu bekannt haben, am Ende einer neuen Justizanstalt in Großbeeren zuzustimmen, und zwar aus guten Gründen. Es geht vor allem inhaltlich darum, dass den Gefangenen die Bedingungen, unter denen sie zum Teil hier in Berlin inhaftiert sind, nicht mehr zuzumuten sind. Vor allem deshalb haben wir dem Neubau zugestimmt.

Sie haben mit der Formulierung der Überschrift „Nutzungsmöglichkeiten von Brandenburger Gefängnissen ernsthaft prüfen“ durchaus recht. Aber erst einmal ist das ein Aufruf an die Brandenburger selbst, denn bisher ist nur über die Presse kommuniziert worden. Wenn Sie davon ausgehen, dass Frau von der Aue nicht redebereit sei, so liegt auch uns als Fraktion kein Angebot vor. Wir wissen nicht, was Brandenburg tatsächlich an Kapazitäten frei hat. Natürlich können wir alle die Zahlen lesen. Aber auch Sie wissen, dass es nicht allein darauf ankommt, einen Inhaftierten auf einen freien Platz zu verlegen, sondern dass eine Menge rechtlicher Dinge zu klären sind, dass gefragt werden muss, wer was bezahlt, welche Bediensteten wofür zuständig sind und was mit den Sozialkontakten ist. Es ist nicht so einfach. Es muss in jedem Fall von Brandenburg zunächst geprüft werden, was sie überhaupt für Kapazitäten haben und was unter Umständen für uns zur Verfügung steht. Das alles ist noch gar nicht geschehen. Ich kann meine eigenen Leute in Brandenburg davon nicht ausnehmen. Es ist sicher kein guter Stil, dass man über Zeitungen kommuniziert, sondern man spricht miteinander. Das aber hat bislang nicht stattgefunden.

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Behrendt?

**Minka Dott (Linksfraktion):**

Nein! Was Herr Behrendt sagen will, kann ich mir denken. Wir können das gern im Ausschuss weiter diskutieren.

Vorhin ist gesagt worden, es solle schleunigst Abhilfe geschaffen werden. Ich glaube, das hat sogar Herr Behrendt gesagt. Glauben Sie denn, wenn man auf das Angebot einging, dass innerhalb kürzester Zeit schleunigst

Gefangene von hier nach Brandenburg gelegt werden könnten? Glauben Sie denn, dass die Haftanstalten dort in einem besseren Zustand als bei uns sind, denn ihre Neubauten werden sie uns gewiss nicht zur Verfügung stellen. Es müsste also auch dort erst einmal Geld investiert werden, um Bedingungen zu schaffen, damit Gefangene nicht vom Regen in die Traufe kommen.

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

– Ja, das sind Dinge, über die muss man dann im Ausschuss reden.

[Joachim Esser (Grüne): Nein!]

Das Ziel für Berlin ist es, dass vor allem die Bedingungen für Inhaftierte und auch die Bediensteten verbessert werden müssen.

[Andreas Gram (CDU): Sind Sie jetzt für oder gegen Großbeeren?]

Eines muss ich Ihnen auch noch sagen: In Ihrem Antrag steht, der Bau sei gestoppt. Vielleicht wissen Sie nicht, dass es heute einen Vergleich gegeben hat und seit heute das Baugeschehen wieder aufgenommen werden kann.

[Joachim Esser (Grüne): Schon wieder?]

Insofern wird es wahrscheinlich schneller gehen, Großbeeren fertigzustellen,

[Zuruf von Andreas Gram (CDU)]

als darauf zu warten, dass wir eine andere Lösung finden, die dann vor allem auch kostengünstiger ist. Ich denke, dass die Restaurierung einer Immobilie nicht unbedingt preiswerter ist als eine neue zu bauen. Wir hatten heute schon einmal das Thema Bauen. Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die diesbezüglich kompetenter sind als ich.

[Zuruf von Dr. Manuel Heide (CDU)]

Ich glaube, dass das eine gegen das andere abzuwägen ist und dass wir ganz bestimmt mit der neuen Regierung in Brandenburg über dieses Thema reden wollen und müssen. Im Moment gibt es dafür allerdings noch keine vernünftige Grundlage. Das bedeutet, dass an dem Neubau in Großbeeren im Moment kein Weg vorbeiführt, zumal auch dort schon eine ganze Menge Geld ausgegeben worden ist.

Das Wetter riecht momentan nach Frühling. Ich weiß nicht, ob das der Grund dafür ist, dass der grüne Populismus Blüten treibt. Wir sollten uns hier auf die Sacharbeit zurückbesinnen. Ich hoffe, dass das im Ausschuss stattfindet.

[Andreas Gram (CDU): Wie immer!]

Wir können diesem Antrag

[Benedikt Lux (Grüne): Das ist Vernunft, kein Populismus!]

auf keinen Fall zustimmen. – Danke schön!

[Beifall bei der Linksfraktion]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Meine Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion hat als letzter Redner Herr Dr. Kluckert das Wort.

**Dr. Sebastian Kluckert (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hiller! In Brandenburg gibt es auch viele Stasi-Spitzel in der Linkspartei.

[Ah! und Beifall bei der Linksfraktion –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Der Antrag der Grünen wird von uns unterstützt.

[Beifall bei der FDP –  
Uwe Doering (Linksfraktion): Intelligenter Beitrag,  
ich bin überrascht!]

Das ist allein deshalb ganz klar, weil wir Liberale im Gegensatz zu den Grünen auch heute zu dem stehen, was wir vor zwei Jahren gemacht und selbst beantragt haben.

[Beifall bei der FDP –  
Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Am 13. Juni 2007 hat die FDP-Fraktion in einem Antrag gefordert:

Durch Vereinbarungen mit anderen Bundesländern Vollzugsgemeinschaften zu bilden, um die Möglichkeit zu schaffen, dass Berliner Strafgefangene ihre Haftstrafen auch in anderen Bundesländern verbüßen können.

[Beifall bei der FDP]

In der Begründung, lieber Herr Behrendt, wird ausdrücklich auf die nicht genutzten Haftplätze im Land Brandenburg verwiesen. Wer allerdings nicht zu dem steht, was er vor zwei Jahren hier gemacht und gesagt hat, das sind Sie, Herr Behrendt.

[Björn Jotzo (FDP): Peinlich! –  
Uwe Goetze (CDU): Ey!]

Sie haben damals unseren Antrag abgelehnt. Sie haben damals Ihre Ablehnung in der Plenarsitzung vom 8. Mai 2008 mit dem Gebot heimatnaher Unterbringung begründet. Herr Behrendt! Vor zwei Jahren wäre der Zeitpunkt gewesen, sich zu einer Zusammenarbeit mit Brandenburg zu bekennen. Sich nun, wo der Zug losgefahren ist, auf den Bahnhof zu stellen und Handstand zu machen, das ist wenig erfolgversprechend.

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Sven Rissmann (CDU) –  
Björn Jotzo (FDP): Das ist grüne Politik!]

Zumindest bei Ihnen, Herr Behrendt, habe ich manchmal den Eindruck, der Erfolg ist gar nicht das Erstrangige, sondern vielmehr die Dirk-Behrendt-Show.

[Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Überbelegung und zu kleine Zellen führen seit Jahren dazu, dass in Berlin Gefangene rechtswidrig und zum Teil verfassungswidrig untergebracht werden. Es ist Aufgabe

der Justizsenatorin, diesen Missstand schnellstmöglich zu beenden und nicht erst auf die Fertigstellung der Haftanstalt in Großbeeren zu warten. Wir sind der Auffassung, Frau Justizsenatorin, dass Sie deutlich zu wenig tun. Wir sind der Auffassung, dass Sie oftmals lieber Missstände schön- oder kleinreden anstatt tatkräftig zu agieren.

[Beifall bei der FDP]

Bereits jetzt steht fest, dass der avisierte Zeitplan für die Fertigstellung der neuen Haftanstalt nicht eingehalten werden kann. Es ist fraglich, ob die zusätzlichen Haftplätze 2013, 2014 oder vielleicht sogar noch später zur Verfügung gestellt werden können. Die FDP-Fraktion hätte es begrüßt, wenn die Justizsenatorin mit dem Land Brandenburg das Gespräch gesucht und nicht voreilig mit dem Vorwurf der Unredlichkeit die Tür zugeschlagen hätte. Das Gebot einer heimatnahen Unterbringung schließt Vollzugsgemeinschaften nicht aus, insbesondere dann, wenn die Strafgefangenen zustimmen oder aber wenn die Strafgefangenen keine soziale Verwurzelung in Berlin haben. Im Übrigen ist auch darauf hinzuweisen, dass es in Flächenländern auch nicht möglich ist, jeden Strafgefangenen in seiner Heimatstadt unterzubringen. Deshalb kann aus dem Gebot der heimatnahen Unterbringung kein Anspruch von Gefangenen abgeleitet werden, unbedingt in Berlin die Strafe verbüßen zu dürfen.

[Beifall bei der FDP]

Wir bringen – daran muss man erinnern – Jugendliche zur U-Haftvermeidung in Frostenwalde in der Uckermark unter oder in Röttersdorf in Thüringen, auch das sind Plätze, die sehr weit entfernt sind.

Das nun unterbreitete Angebot des brandenburgischen Justizministers lässt vermuten, dass die Senatsverwaltung für Justiz nicht alle Alternativen zu dem kostspieligen Gefängnisneubau in Großbeeren geprüft hat. Wir werden deshalb als FDP-Fraktion im Folgenden genau prüfen, ob durch das Agieren der Justizsenatorin Einsparpotenziale entgangen sind und dem Land Berlin ein Schaden entstanden ist. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Marion Kroll (CDU)]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank, Herr Dr. Kluckert! – Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags mit der Drucksachennummer 16/2973 an den Rechtsausschuss. – Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Die lfd. Nr. 31 war die Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter dem Tagesordnungspunkt 4 d.

Meine Damen und Herren! Das war unsere heutige Tagesordnung. Die nächste, die 60. Sitzung findet am Donnerstag, dem 11. März 2010 um 13.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen!

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns**

[Schluss der Sitzung: 20.49 Uhr]